

APD INFORMATIONEN DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES

Nachrichtenagentur APD – Adventist Press Service
ZENTRALAUSGABE FÜR DEUTSCHLAND

6/2012
Juni 2012
29. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Deutschland	„Genitale Verstümmelungen gibt es auch unter Migranten in Berlin“	Seite 1
	Krankenhaus „Waldfriede“ beim „Boys‘ Day“ im Familienministerium präsent	Seite 2
	Adventgemeinde Halle enthüllt Stolperstein für Johann Hanselmann	Seite 3
	Neue Chefredakteurin für adventistische Jugendzeitschrift	Seite 5
	Bei der Mühdorfer Tafel gibt es nicht nur Lebensmittel	Seite 5
	„Sexuelle Gewalt zwischen Kindern und Jugendlichen“ Lebenswerk von Walter Klaiber mit Predigtpreis gewürdigt	Seite 6 Seite 6
International	Jetzt amtlich: Ein Dingo tötete vor 32 Jahren Baby Azaria	Seite 7
	Mennonitisch-adventistischer Dialog von Herzlichkeit und Offenheit geprägt	Seite 10
	Aserbaidschan: Razzia der Polizei in adventistischem Gottesdienst	Seite 10
	Religionsfreiheit in Aserbaidschan bürokratisch ausgehebelt	Seite 11
	Aufhebung der „Anti-Bekehrungs-Gesetze“ in Indien gefordert	Seite 12
	Drei theologische Konferenzen für adventistische Pastoren in Europa Früherer Präsident der europäischen Adventisten gestorben	Seite 13 Seite 14
ADRA	1,5 Millionen Liter sauberes Wasser für Schulen im Tschad	Seite 14
	Erwachsenenbildung fördert Schulbesuch der Kinder	Seite 15
Rundfunk/Fernsehen	„Hope Channel“ TV-App jetzt auch für Android	Seite 16
	„Hope Channel Deutsch“ mit Holzwurm „Fribo“ beim Bodensee-Kirchentag	Seite 16
Medien	Adventistische Internetexperten trafen sich zum Forum in Hongkong	Seite 17
Bibel	Kaufleute, Beamte und Pfarrer gründeten 1812 eine Bibelgesellschaft	Seite 18
	4000. Fan für die „BasisBibel“ auf Facebook	Seite 18
Stichwort	Die adventistische Reformationsbewegung	Seite 19
	Johann Hanselmann	Seite 21

Impressum:

Die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

- Herausgeber: Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland,
Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein
- Redaktion: APD-Zentralredaktion Deutschland
Postfach 4260, 73745 Ostfildern
Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon 0711-44819-14, Telefax 0711-44819-60,
E-Mail: info@apd.info
Holger Teubert (verantwortlich), Dr. Wolfgang Tulaszewski (stellvertretend),
Erich Lischek, Brunhilde Teubert
- Erscheint: Monatlich und zu aktuellen Anlässen.
- Druck: Grindeldruck GmbH, Grindelberg 13-17, 20144 Hamburg
Als Manuskript gedruckt.
- Bezugspreis: Privatabonnements 50,00 Euro jährlich (inkl. Porto).
- Redaktionelle Zusammenarbeit: APD Schweiz, Redaktion, Postfach 104, CH - 4020 Basel
Telefon +41-61-3117370
E-Mail: APD-CH@apd.info
Herbert Bodenmann (verantwortlich)
- Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike, Silver Spring,
Maryland 20904-6600, USA
Telefon +1-301-680-6306, Telefax +1-301-680-6312
E-Mail: costaw@gc.adventist.org
Williams S. Costa Jr. (verantwortlich)
- „adventisten heute“, Pulverweg 6, 21337 Lüneburg
Telefon 04131-9835-521, Telefax 04131-9835-502
E-Mail: info@advent-verlag.de, Internet: www.advent-verlag.de
Elí Díez-Prida (verantwortlich)

APD-INFORMATIONEN online: <http://www.apd.info>

Kostenlose Textnutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe „APD“. Das © Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD © ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes.

Konto: Stuttgarter Volksbank Konto Nr. 227 385 004 (BLZ 600 901 00)



Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie 17 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 209 Ländern der Erde. In Deutschland sind 35.100 Mitglieder in 564 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.

Deutschland

„Genitale Verstümmelungen gibt es auch unter Migranten in Berlin“ Waris Dirie beim 3. Internationalen Koloproktologiekongress

Berlin, 25.06.2012/APD „Jedes Jahr sage ich mir: Es ist das letzte Jahr! Doch ich kann nicht aufhören“, betonte die gebürtige Afrikanerin Waris Dirie, die sich weltweit gegen die Genitalverstümmelung von jungen Mädchen einsetzt, beim 3. Internationalen Koloproktologiekongress im adventistischen Krankenhaus „Waldfriede“ in Berlin-Zehlendorf. Genitale Verstümmelungen gebe es nicht nur in Afrika oder Asien, sondern beispielsweise auch unter Migranten in Berlin. Sie erinnerte an ihre eigene Beschneidung im Alter von fünf Jahren in der somalischen Wüste an der Grenze zu Äthiopien, indem sie eine Szene aus dem Film „Wüstenblume“ zeigte. Viele Mädchen würden jeden Tag nach diesem Ritual aufgrund von Schock oder Infektionen sterben. „Wir brauchen Bildung, aber auch die Hilfe von Ärzten, um hier etwas zu ändern.“ Eine Person könne die Welt kaum verändern, „aber wenn viele mithelfen, kann sich etwas ändern“, gab Waris Dirie zu bedenken.

Das Nomadenmädchen in Somalia flüchtete im Alter von 13 Jahren vor der Zwangsverheiratung mit einem Mann, der ihr Großvater hätte sein können. Sie kam schließlich nach London und arbeitete dort als Hausmädchen und bei einer Fast-Food-Kette. Mit 18 Jahren wurde sie vom englischen Star-Fotografen Terence Donovan als Model entdeckt und gelangte zu internationaler Berühmtheit. Waris Dirie zierte die Titelseiten der großen Mode- und Frauenmagazine von „Vogue“ bis „Marie Claire“. Als James Bond Girl spielte sie an der Seite von Timothy Dalton in „Der Hauch des Todes“.

Die BBC drehte 1995 über ihre einmalige Karriere den Dokumentarfilm „Eine Nomadin in New York“. 1996, auf dem Höhepunkt ihrer Modelkarriere, berichtete Waris Dirie erstmals der Journalistin Jaura Ziv für die Zeitschrift „Marie Claire“ über ihre Beschneidung und löste damit ein weltweites Medienecho aus. Im selben Jahr wurde sie UN-Sonderbotschafterin gegen Beschneidung. 1997 erschien in New York ihre Biografie „Wüstenblume“, ein internationaler Bestseller der einschließlich 65 Lizenzausgaben über elf Millionen Mal verkauft wurde. Im März 2008 verfilmte der deutsche Oscar-Preisträger Peter Hermann das Buch. Der Film lief bisher in über 30 Ländern. 2002 gründete Waris Dirie die „Desert Flower Foundation“ in Wien, die weltweit Kampagnen gegen weibliche Genitalverstümmelungen durchführt.

In einem Expertengespräch im Anschluss an die Ausführungen von Waris Dirie beim Koloproktologiekongress informierte der Geschäftsführer der „Desert Flower Foundation“, Walter Lutschinger, dass die genitale Verstümmelung von Mädchen in 28 Ländern, vor allem in Afrika, im arabischen Raum und in Asien praktiziert werde. Das grausame Ritual gebe es nicht nur bei Muslimen und einheimischen Religionen, sondern auch bei Christen. Auch in Migrantenfamilien in Europa, den USA, Kanada und Australien werde dies praktiziert. „Laut UN-Angaben werden täglich 8.000 Mädchen Opfer dieses unmenschlichen Rituals, und über 2.000 von ihnen überleben es nicht“, so Lutschinger. Weltweit seien rund 150 Millionen Frauen durch Genitalverstümmelung traumatisiert.

„Wenn du nicht beschnitten bist, bist du keine Frau, sondern ein kleines Mädchen“. In bestimmten Kulturen werde damit Druck ausgeübt, betonte die aus Afrika stammende Evelyn Brenda, welche in Kenia ein Internat betreut, das Mädchen Zuflucht vor Beschneidung und Zwangsheirat bietet. Um hier ein Umdenken zu bewirken, müssten alle Familienmitglieder einschließlich der Männer mit einbezogen werden. In einem weiteren Projekt kümmere sich Brenda inzwischen auch um Frauen, die durch Genitalverstümmelung inkontinent geworden seien. Operativ könne in vielen Fällen Abhilfe geschaffen werden.

Auch das Berliner Krankenhaus „Waldfriede“ wolle in Deutschland Migrantinnen, die genital verstümmelt und dadurch inkontinent geworden seien, mit einer operativen plastischen Chirurgie helfen, berichtete der Geschäftsführer der Klinik, Bernd Quoß. Bis zum Frühjahr 2013 könnten dazu die medizinischen Voraussetzungen geschaffen werden. Das Projekt sollte weitgehend aus Spendengeldern des Krankenhauses finanziert werden.

Der 3. Internationale Koloproktologiekongress vom 21. bis 22. Juni in Berlin fand in Zusammenarbeit des Krankenhauses „Waldfriede“ mit der Florida-Hospital-Kette in Orlando/USA sowie der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie (DGCH) und der Deutschen Gesellschaft für Allgemein- und Viszeralchirurgie (DGAV) statt. An dem Kongress nahmen etwa 400 Ärzte aus Europa, Asien, Afrika, Nord- und Lateinamerika sowie Australien teil. Die Referenten kamen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, Frankreich, Italien, Spanien, Irland, Belgien, Dänemark, Polen, den USA, Indien und Thailand. Es gab auch Live-Operationen in Berlin und Orlando, die mittels Videokonferenz nach Deutschland beziehungsweise in die USA übertragen wurden. Dabei wurde erstmals in „Waldfriede“ ein künstlicher Schließmuskel eingesetzt. Einer der Vorträge fand auch im Parlaments-Restaurant des Deutschen Reichstages in Verbindung mit einem Abendessen statt.

Das Akutkrankenhaus „Waldfriede“ wurde 1920 von der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten gegründet. Es hat 170 Betten und versorgt mit den Fachabteilungen Allgemeinchirurgie, Anästhesie, Brustzentrum, Gynäkologie und Geburtshilfe, Hand- und Fußchirurgie, Innere Medizin, Interdisziplinäres Beckenbodenzentrum, Intensivmedizin, Radiologie und den Zentren für Darm- und Beckenbodenchirurgie (Koloproktologie) sowie Diabetes und Diabetisches Fuß-Syndrom jährlich 14.200 Patienten stationär und 46.200 ambulant. „Waldfriede“ ist europäisches Ausbildungszentrum für Operationstechniken in der Koloproktologie. Mit der Florida-Hospital-Kette, zu der 18 adventistische Krankenhäuser im US-Bundesstaat Florida gehören, besteht ein Kooperationsabkommen. Dadurch seien unter anderem ein regelmäßiger gegenseitiger Arztaustausch sowie die zusätzliche Fort- und Weiterbildung von medizinischem Personal möglich. Das Lernen von Operationstechniken geschehe, wie jetzt beim Kongress, auch über Telemedizin. (5.311 Zeichen)

Krankenhaus „Waldfriede“ beim „Boys‘ Day“ im Familienministerium präsent

Berlin, 25.06.2012/APD Beim diesjährigen bundesweiten „Boys‘ Day“ begrüßte die Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Schröder, 24 Jungen aus verschiedenen Berliner Schulen im Bundesfamilienministerium. Die Jungen hatten die Möglichkeit, in Kleingruppen auf einem Parcours unterschiedliche Stationen aus den Bereichen Pflege, Gesundheit, Soziales und Erziehung kennen und entdecken zu lernen.

Das Krankenhaus „Waldfriede“, eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Berlin-Zehlendorf, präsentierte den Bereich der Gesundheits- und Krankenpflege in einer Klinik. „Die Jungen sollten die Möglichkeit bekommen, den Pflegeberuf in einem Krankenhaus kennenzulernen. Wir wollten mit unserem Parcoursstand das Interesse an dieser vielfältigen Tätigkeit wecken und den Jungen eine zukunftsichere Perspektive für ihr späteres Leben aufzeigen“, informierte Lars Werner, Gesundheits- und Krankenpfleger sowie Zentraler Praxisanleiter in „Waldfriede“.

Das kompressorbetriebene Wechseldruckkissen wurde von den Jungen als „cool“ empfunden, doch es sei glücklicherweise eher für ältere Menschen gedacht. Verwunderung und Interesse gab es über eine große Melone. Doch was hatte sie an einem Krankenhausstand zu suchen? Bei näherem Betrachten konnte man erkennen, dass aus einem Loch in der Melone ein Schlauch herauskam und das Fruchtfleisch absaugte. Durch die angeschlossene Vakuumpumpe erhielten die Jungen einen Eindruck über die Möglichkeiten der Wundversorgung in einem Krankenhaus, berichtete Lars Werner. An einer Demopuppe aus der Akademie für

Gesundheits- und Krankenpflege „Waldfriede“ konnten die Jungen das endotracheale Absaugen üben. „Viele Jungen zeigten Interesse und waren richtig fasziniert von dem Beruf des Gesundheits- und Krankenpflegers“, so Charlotte Käthner, Gesundheits- und Krankenpflegeschülerin sowie Studentin des Bachelor-Studiengangs für Gesundheits- und Pflegewissenschaften in „Waldfriede“.

Laut Lars Werner hätte die Familienministerin jeden Parcoursstand besucht und sich von den Jungen alles genau zeigen und erklären lassen. Am Stand des Krankenhauses „Waldfriede“ konnte sich Kristina Schröder von der Bedeutsamkeit einer richtigen Händehygiene im Krankenhaus informieren. Mit dem Schulungsgerät Dermalite-Box wurden unter dem Einsatz von speziellem UV-Licht und einer fluoreszierenden Testlösung eindrucksvoll Benetzungslücken bei der Händedesinfektion sichtbar gemacht. Die Ministerin und die Jungen seien sehr überrascht gewesen, dass es trotz einer Desinfektion noch unbenetzte Stellen auf den Händen gegeben habe.

Der Jungen-Zukunftstag „Boys‘ Day“ findet seit 2011 jährlich parallel zum „Girls‘ Day“ bundesweit statt. Ob im Ministerium, in der Kita oder beim Musicaltheater: Mehr als 4.700 Einrichtungen und Betriebe haben 2012 insgesamt 33.600 Jungen die Möglichkeit gegeben, am „Boys‘ Day“ in Berufe hinein zu schnuppern, in denen Männer bisher unterrepräsentiert seien. Insbesondere Berufe und Studiengänge in den Bereichen Erziehung, Pflege und Gesundheit könnten das Spektrum der Berufswahl von Jungen erweitern und deren Sozialkompetenz stärken, meinte Lars Werner.

Das seit 1920 bestehende Akutkrankenhaus „Waldfriede“ verfügt über 170 Betten und versorgt mit den Fachabteilungen Allgemeinchirurgie, Anästhesie, Brustzentrum, Gynäkologie und Geburtshilfe, Hand- und Fußchirurgie, Innere Medizin, Interdisziplinäres Beckenbodenzentrum, Intensivmedizin, Radiologie und den Zentren für Darm- und Beckenbodenchirurgie (Kolo-proktologie) sowie Diabetes und Diabetisches Fuß-Syndrom jährlich 14.200 Patienten stationär und 46.200 ambulant. (3.234 Zeichen)

Adventgemeinde Halle enthüllt Stolperstein für Johann Hanselmann

Halle/Saale, 25.06.2012/APD Die Enthüllung eines Stolpersteins für Johann Hanselmann auf dem Gehweg vor ihrem kirchlichen Zentrum, Kleine Märkerstraße 3, beging die Adventgemeinde Halle/Saale der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten mit einem Gottesdienst am Samstag, dem 9. Juni.

„Wie Ungeziefer behandelt“

Den am 13. Mai 1942 ermordeten Pastor und Vorsteher der Reform-Adventisten, einer eigenständigen Glaubensgemeinschaft, die sich im Ersten Weltkrieg von der Freikirche trennte, würdigte der Präsident der Siebenten-Tags-Adventisten in Berlin und Mitteldeutschland, Pastor Johannes Scheel (Berlin), in seiner Predigt, als „Menschen, der für seine Glaubensüberzeugung in den Tod ging“. Damals habe Johann Hanselmann aus Sicht der NS-Machthaber nicht dazugehört. „Er galt als Volksschädling und wurde wie Ungeziefer behandelt.“ Auch heute bestehe die Gefahr des „Denkens in Schubladen“, etwa wie Oassis und Wessis, Einheimische und Ausländer, Akademiker und Harz IV-Empfänger oder Hetero- und Homosexuelle. „Aber dadurch wird das Denken begrenzt, und der Horizont ist verengt.“ Gerade Christen sollten deutlich machen, dass „Frieden nicht durch gegenseitige Abgrenzung und Abschreckung“ zu erreichen sei. Scheel forderte die Gottesdienstbesucher auf, selbst „Zeichen gegen Vorurteile und Ausgrenzung“ zu setzen.

Projekt „Stolperstein“

Der Kölner Künstler Gunter Demnig verfolgt seit 1992 das Projekt „Stolperstein“, um die Vertreibung und Vernichtung von Juden, Sinti und Roma, politisch und religiös Verfolgte,

Homosexuelle und Behinderte durch Deutsche im Nationalsozialismus in Erinnerung zu bringen. Vor ihren ehemaligen Wohnhäusern oder an anderen Stätten werden Pflastersteine in den Bürgersteig eingesetzt. Sie sind aus Beton gegossen und tragen an der Oberseite eine zehn mal zehn Zentimeter große Messingtafel, in die Demnig mit Hammer und Schlagbuchstaben neben Namen und Geburtsdaten das weitere Schicksal jedes einzelnen Menschen einstanzt. Obwohl die Steine flach in den Boden eingelassen werden, nennt Demnig sie „Stolpersteine“, denn stolpern heiße auch darauf stoßen. Die Stadt Halle hat sich 2003 diesem Projekt angeschlossen und den Verein „Zeit-Geschichte(n)“ mit der Gesamtleitung des Projekts für Halle beauftragt. Auch der Stolperstein für Johann Hanselmann stammt aus der Werkstatt Demnig.

Im KZ Sachsenhausen ermordet

Bei der Enthüllung des Stolpersteins nach dem Gottesdienst gab Dr. Daniel Heinz (Friedensau bei Magdeburg), Leiter des Historischen Archivs der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Europa, einen kurzen Einblick in das Leben von Johann Hanselmann. Er wurde 1892 in Frankenberg/Württemberg geboren und war schon in den 1920er Jahren ein „eifriges Mitglied“ der Reform-Adventisten. Er wurde Pastor und Vorsteher der Glaubensgemeinschaft in Ostdeutschland. Auch nach dem Verbot der Reformationsbewegung der Siebenten-Tags-Adventisten im Jahr 1936 durch die Gestapo verrichtete Hanselmann seinen Dienst im Untergrund weiter. 1940 wurde er wegen Abhaltung von Familiengottesdiensten in Halle/Saale verhaftet und zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung der Haft kam er in das KZ Sachsenhausen und wurde dort am 13. Mai 1942 ermordet.

Konsequent seine Glaubensauffassung vertreten

Friedrich Herbolsheimer, Pastor und Vorsteher der „Internationalen Missionsgesellschaft der Siebenten-Tags-Adventisten Reformationsbewegung“ (IMG) in Westdeutschland, kannte noch den Märtyrer. Er sah ihn zum letzten Mal 1939, als Johann Hanselmann seine Großmutter beerdigte, „obwohl das verboten war“. Der Geistliche habe konsequent seine Glaubensauffassung vertreten. „Es gab für ihn keinen anderen Weg.“ Herbolsheimer verwies bei der Enthüllung des Stolpersteins auf das Bibelwort aus Hebräer 13,7: „Gedenkt an eure Lehrer.“ Der Ermordete sei auch für ihn stets ein Vorbild gewesen.

„Eine beständige Erinnerung und Mahnung“

„Ich stolpere über Johann Hanselmann, der wegen seines Glaubens im KZ gefoltert und umgebracht wurde“, bekannte Pastor Johannes Scheel. „Wofür wäre ich bereit, mich einsperren, schlagen, foltern und tten zu lassen? Für ein Menschenrecht wie die Gewissensfreiheit und freie Religionsausübung, wie Johann Hanselmann?“ Der Präsident der Adventisten in Berlin und Mitteldeutschland dankte der Adventgemeinde Halle für den Mut, sich „diesem schwierigen Kapitel in unserer gemeinsamen Geschichte zu stellen“. Das mache Mut für die Zukunft und Hoffnung auf ein aufmerksames und tolerantes Miteinander und eine Gesellschaft, wo Ausgrenzung, Hass und Gewalt zu Fremdwörtern würden. Der Stolperstein für Johannes Hanselmann sei für Adventisten eine „beständige Erinnerung und Mahnung“.

Pastor Adrian Dinut, Vorsteher der adventistischen Reformationsbewegung (IMG) in Ostdeutschland, meinte, dass er Johann Hanselmann zwar nicht persönlich gekannt habe, aber als einer seiner Amtsnachfolger mit ihm verbunden sei. Es gelte, genauso treu wie der Märtyrer zu leben. Außerdem sollte die Vergangenheit aufgearbeitet werden, um daraus für die Gegenwart und Zukunft zu lernen.

Geschwiegen – gerechtfertigt – verdrängt

Das Gedenken an Johann Hanselmann wurde in der Adventgemeinde Halle mit dem Referat „Freikirchen und Juden im ‚Dritten Reich‘“ von Dr. Daniel Heinz abgeschlossen. Er ist der Herausgeber des gleichnamigen Buches (V & R unipress, Göttingen, 2011). Heinz betonte,

dass die Freikirchen mit Ausnahme der Quäker zur Judenverfolgung während des Nationalsozialismus und zum Holocaust geschwiegen oder gar den Antisemitismus gerechtfertigt hätten. Das Thema sei nach dem Zweiten Weltkrieg verdrängt worden, sodass es Schuldbekennnisse entweder bis heute gar nicht oder erst sehr spät, wie etwa bei der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland und Österreich im Jahr 2005, gegeben habe. Falsch verstandener Gehorsam, irregeleitete, nationale Begeisterung, Repressionsfurcht und Resignation hätten die Freikirchen gehindert, sich mit dem rassistisch verfolgten Nachbarn, ja sogar mit dem judenchristlichen Bruder in der eigenen Kirchengemeinde zu solidarisieren. Bei der anschließenden Aussprache ging es um das Verhalten der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten im Ersten Weltkrieg und während der NS-Zeit. Die Aussprache leitete der Kirchenhistoriker Dr. Johannes Hartlapp, Dekan des Fachbereichs Theologie der Theologischen Hochschule der Freikirche in Friedensau bei Magdeburg. Hartlapp hatte 2008 seine umfangreiche Forschungsarbeit „Siebenten-Tags-Adventisten im Nationalsozialismus“ (V & R unipress, Göttingen) veröffentlicht. (5.723 Zeichen)

(Hinweis der Redaktion: Hintergrundinformationen zur adventistischen Reformationsbewegung und zu Johann Hanselmann sind in der Rubrik „Stichwort“ zu finden.)

Neue Chefredakteurin für adventistische Jugendzeitschrift

Berlin, 25.06.2012/APD Nach fünf Jahren wechselt die Leitung der adventistischen Jugendzeitschrift „Youngsta“. Neue Chefredakteurin ist Elisabeth Schoft (22), die gerade ihr Studium der Kommunikationswissenschaft und Anglistik an der Universität Erfurt beendet hat. „Youngsta“ habe sie seit der ersten Ausgabe im Dezember 2003 gelesen. Seit 2007 ist sie Redaktionsmitglied und betreute neben den Musik- und Buchrezensionen auch die Rubrik „Bandbreite“.

Die Redaktionsleitung für die Zeitschrift der Adventjugend in Deutschland hatte seit 2008 Anja Lehmann (29) inne. Sie ist Fernsehredakteurin des „Hope Channel“, der Fernsehsender des Medienzentrums „Stimme der Hoffnung“ der Siebenten-Tags-Adventisten in Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt. Für Anja Lehmann sei wichtig, „dass junge Menschen eine Jugendzeitschrift machen“. Daher freue sie sich, die Leitung an „eine junge und talentierte Journalistin“ weiterzugeben. Sie arbeite auch künftig im Team mit, das aus ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestehe.

Die neue Chefredakteurin Elisabeth Schoft wolle gemeinsam mit dem „Youngsta“-Team jungen Menschen einen lebensnahen und positiven Glauben vermitteln, „der auch durch persönliche Lebensstärker trägt“.

Herausgeber von „Youngsta“ ist die Adventjugend des Nord- und Süddeutschen Verbandes der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Die 60-seitige Zeitschrift erscheint viermal im Jahr mit einer Auflage von 2.000 Exemplaren. Die aktuelle Ausgabe befasst sich mit dem Thema „Heilung“. Der Bogen spannt sich dabei von der Sehnsucht nach einer heilen Welt über Zeichen der Versöhnung bis zum Zähneputzen für die Seele. Weitere Informationen zur Zeitschrift unter www.youngsta.info. (1.529 Zeichen)

Bei der Mühldorfer Tafel gibt es nicht nur Lebensmittel

Mühldorf/Inn, 25.06.2012/APD Seit drei Jahren gibt es auch in Mühldorf am Inn eine „Tafel“. Getragen wird sie von dem gemeinnützigen Verein „Besser Leben“, der 2006 von Mitgliedern der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten gegründet wurde. Laut dem stellvertretenden Leiter der Tafel, Dettel Künzel, gehe es dabei nicht um eine Almoseneinrichtung, sondern „um die organisierte Abgabe von wertvollen Lebensmitteln, die trotz moderner Logistik sonst ungenutzt blieben“. Die Waren würden jeweils am Donnerstag-Nachmittag gegen einen symbolischen Betrag von einem Euro pro Ausgabe und Familie kostenlos an registrierte Personen ausgegeben, die einen Berechtigungsschein vom Sozialamt hätten.

Jeden Donnerstag kämen etwa 120 Besucher. Die Lebensmittel stellten Supermärkte, Bäckereien und eine Metzgerei zur Verfügung, sodass „keiner mit leeren Taschen nach Hause gehen muss“. Andere Sponsoren spendeten Geld zur Bestreitung der Kosten für die Ausgabestelle in der Münchener Straße 23. „Sozial eingestellte Autohausbesitzer bieten kostenlos ein Fahrzeug zur Einsammlung der Lebensmittel an“, berichtete Künzel. Doch ohne die vielen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Adventgemeinde Mühlendorf der Adventisten und darüber hinaus, welche die Waren von den Lieferanten abholten, vorsortierten und bei der Ausgabe helfen würden, wäre die Tafel nicht möglich.

„Die Mühlendorfer Tafel bietet nicht nur Lebensmittel an, sondern in der angeschlossenen Kleiderkammer Kleidung, Babyzubehör, Bücher und auch Spielzeug zu äußerst günstigen Preisen“, so Detlef Künzel. Außerdem veranstaltete die Adventgemeinde Mühlendorf einmal im Monat einen Seniorennachmittag in den Räumen der Tafel. Weitere Informationen unter www.better-living-ev.org. (1.561 Zeichen)

„Sexuelle Gewalt zwischen Kindern und Jugendlichen“

Fachtagung an der Theologischen Hochschule Friedensau

Friedensau bei Magdeburg, 25.06.2012/APD Am 30. Mai fand eine fachübergreifende Tagung zum Thema „Sexuelle Gewalt zwischen Kindern und Jugendlichen“ an der Theologischen Hochschule Friedensau statt. Die Veranstaltung richtete sich an Kontakt- und Betreuungspersonen von Kindern und Jugendlichen bei Freizeiten, Lagern, in Jugendheimen und -zentren, Pflegefamilien sowie Beratungsstellen.

Sexualität sei ein Grundbedürfnis von Menschen, auch von Kindern und Jugendlichen. Für Erziehungspersonen, ob privat oder beruflich, sollte ein sicherer und kompetenter Umgang mit Kindern und Jugendlichen, die sexuelle Übergriffe ausübten, eine Grundfähigkeit sein, lautete das Ergebnis der Tagung. Eine Grundfähigkeit, damit sexuelle Übergriffe als solche erkannt und nicht aus Hilflosigkeit oder Unachtsamkeit bagatellisiert oder ignoriert würden und damit betroffenen Kindern und Jugendlichen die notwendige Hilfe vorenthalten werde.

Als Referentin führte die Diplom-Psychologin und Familientherapeutin Kerstin Gläser in die Thematik ein und informierte über das Klientel, Statistiken, Dunkelziffern, Täterstrategien, Behandlungsmöglichkeiten und nannte Fallbeispiele. Kerstin Gläser ist Leiterin des heilpädagogisch-therapeutischen Kinder- und Jugendheims und Mitarbeiterin der Fachstelle AUSWEG (ambulante Beratung und Therapie für sexuell übergriffige Kinder und Jugendliche) des Albert-Schweitzer-Familienwerks Sachsen-Anhalt e.V.

Die Theologische Hochschule Friedensau wurde 1899 gegründet und ist seit 1990 eine staatlich anerkannte Hochschule in Trägerschaft der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Sie hat die beiden Fachbereiche Christliches Sozialwesen und Theologie. (1.573 Zeichen)

Lebenswerk von Walter Klaiber mit Predigtpreis gewürdigt

Bonn, 25.06.2012/APD Der ökumenische Predigtpreis des Verlags für die Deutsche Wirtschaft (Bonn) geht 2012 an den langjährigen Bischof der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK) in Deutschland, Dr. Walter Klaiber (Tübingen). Der 72-Jährige wird damit für sein Lebenswerk geehrt. Nach dem Theologiestudium arbeitete Klaiber als Assistent von Professor Dr. Ernst Käsemann, bei dem er auch promovierte. Er lehrte unter anderem am Theologischen Seminar der EmK in Reutlingen Neues Testament, das er auch leitete. 1989 wurde er ins Bischofsamt seiner Kirche gewählt, das er bis 2005 ausübte. Von 2001 bis 2007 hatte er den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Deutschland inne, von 1999 bis 2009 war er Vorsitzender der Deutschen Bibelgesellschaft.

Walter Klaiber gilt als einer der profiliertesten Theologen in Deutschland, der sich um eine Verständigung der Kirchen bemüht. Die Jury würdigt mit der Auszeichnung seine Predigten, die von einem „ökumenischen Geist“ geprägt seien. Ein zentrales Thema seiner Auslegungen sei die Einheit der Kirchen – „ein Geschenk, das verpflichtet“, wie er es einmal genannt habe. Mit seiner umfangreichen Predigtstätigkeit fördere er auch eine ökumenische Bibelauslegung.

Der Predigtpreis wird zum 13. Mal auch in der Kategorie „Beste Predigt“ verliehen. Zusätzlich vergibt die Jury in diesem Jahr einen Sonderpreis für die „Beste Predigt zum Pfingstfest“. Der Einsendeschluss für beide Kategorien ist der 15. Juli 2012. Bis zu diesem Termin können Predigten von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Kirchen, Freikirchen und Landeskirchlichen Gemeinschaften eingesandt werden, die innerhalb der letzten zwei Jahre gehalten wurden.

Mit dem im Jahr 2000 erstmals vergebenen Predigtpreis will der Verlag für die Deutsche Wirtschaft die Redekunst in den Kirchen fördern. Die Preisverleihung findet am Buß- und Betttag, Mittwoch, 21. November, in der Bonner Schloßkirche (Universitätskirche) statt. Die nicht dotierte Auszeichnung besteht aus einer Bronzeplastik. (1.806 Zeichen)

International

Jetzt amtlich: Ein Dingo tötete vor 32 Jahren Baby Azaria

Einer der spektakulärsten Kriminalfälle Australiens aufgeklärt

Wahroonga bei Sydney/Australien, 25.06.2012/APD Es gebe hinreichend Beweise dafür, dass ein Dingo, ein Wildhund, vor 32 Jahren die kleine Azaria Chamberlain verschleppt und getötet habe, urteilte am 12. Juni Untersuchungsrichterin Elizabeth Morris im australischen Darwin. Damit ist einer der spektakulärsten Kriminalfälle Australiens offiziell geklärt. Azarias Mutter Lindy Chamberlain-Creighton, die drei Jahre unschuldig im Gefängnis saß, und ihr früherer Mann Michael Chamberlain zeigten sich nach dem Urteil vor den Medien erleichtert und glücklich, „dass die scheinbar endlose Geschichte doch noch zu diesem Abschluss gekommen ist“. Kein Australier sollte jetzt mehr behaupten, dass Dingos harmlos seien und nur angegriffen, wenn sie sich in die Enge getrieben fühlten, betonten beide.

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Australien, deren Pastor Michael Chamberlain 1980 war, begrüßte das Urteil. „Jetzt ist endgültig geklärt, dass ein Dingo den Tod von Baby Azaria verursacht hat und die Chamberlains unschuldig sind“, so Kommunikationsdirektor James D. Standish (Wahroonga bei Sydney). Er sprach seinen besonderen Dank an Rechtsanwalt Stuart Tipple aus, der seit den 1980er Jahren sich um Gerechtigkeit für das Ehepaar bemüht habe. Sein Dank gelte aber auch den vielen Australiern, „die sich jahrelang gegen das Unrecht wandten, das den Chamberlains widerfahren ist“. Standish bezeichnete die Verurteilung von Lindy und ihrem Mann Michael als „einen der entsetzlichsten Justizirrtümer in der Neuzeit Australiens“. Er hoffe, dass der jetzige Urteilsspruch in Darwin „ein weiterer Schritt im Heilungsprozess für die Chamberlains und unsere Nation ist“. Was ihnen geschehen sei, sollte „Ansporn für uns alle sein, angemessen zu handeln und für jene einzutreten, die Unrecht erleiden“.

Ein Baby verschwindet

Am 17. August 1980 zelteten Michael Chamberlain und seine Frau Lindy am Ayers Rock, wie der Uluru, das Wahrzeichen des Kontinents in der zentralaustralischen Wüste im Nördlichen Territorium Australiens, damals hieß. Mit dabei waren ihre Söhne Aidan (7) und Reagan (4) sowie ihre erst neun Wochen alte Tochter Azaria. Die Mutter hatte Azaria zum Schlafen ins Zelt gelegt und war dann zurück zum nur 20 bis 25 Meter entfernten Lagerfeuer gegangen, wo ihre

Familie mit anderen Urlaubern grillte. Als das Baby zu schreien begann, eilte sie zum Zelt. Mutter Lindy sagte später unter Eid aus, dass sie dort die Umrisse eines Dingos gesehen habe, der etwas im Maul wegschleppte. Im Zelt fand sie den zerrissenen und blutverschmierten Strampelanzug und einen leeren, noch warmen Babyschlafsack. Die Leiche des Kindes wurde nie gefunden.

Auf der Anklagebank

Untersuchungsrichter Dennis Barrit, der die Ermittlungen leitete, war in seinem Urteil vom 20. Februar 1981 davon überzeugt, dass ein Dingo das Baby aus dem Zelt „entführt“ und getötet hatte. Doch dann fand die Polizei angebliche Blutspuren im Auto von Michael Chamberlain. Neue Ermittlungen wurden im September 1981 unter Generalstaatsanwalt Paul Everingham eingeleitet. Am 2. Februar 1982 erhob Untersuchungsrichter Jerry Galvin gegen Lindy Chamberlain Anklage wegen Mordes. Ihr Ehemann wurde der Mitwisserschaft angeklagt. Gegen Kautions kamen beide zunächst auf freien Fuß. Vor einem Geschworenengericht begann am 13. September 1982 in Darwin im Norden Australiens der Prozess. Lindy Chamberlain war zu diesem Zeitpunkt im siebten Monat schwanger. Der Hauptanklagepunkt: Die Mutter soll ihrem Baby auf dem Vordersitz ihres Autos die Kehle durchschnitten und dann die Leiche beseitigt haben. Um Spuren zu vertuschen, habe sie Azarias Kleidung neben eine Dingohöhle gelegt.

Unterstellungen und ein bizarres Gerücht

Die Stimmung in den australischen Medien und in der Bevölkerung wandte sich gegen die Chamberlains. Angebliche Dingo-Experten erklärten, dass die Wildhunde friedliche Tiere seien, die ohne Provokation keine Menschen angriffen. Nur wenige glaubten Lindy Chamberlain. Sie passte nicht ins Bild einer verzweifelten, trauernden Mutter. Sie schaute nicht mitleiderregend mit Tränen in den Augen in die Kameras, sondern wirkte gefasst. Lindy erklärte, dass „sie sehr viel Kraft aus ihrem starken Glauben schöpft“. Sie wisse, dass sie ihr Kind erneut sehen werde, wenn Jesus auf diese Erde wiederkommt. Diese Gewissheit helfe ihr, nicht völlig zu verzweifeln. Doch für viele war sie eine „eiskalte“ Mörderin.

Es tauchte auch das bizarre Gerücht auf, die Chamberlains gehörten einem Kult an, der Kinderopfer verlange. Der Name Azaria bedeute „Opfer in der Wüste“. Das dies absoluter Unsinn sei, hatte schon Richter Dennis Barrit in der ersten Verhandlung festgestellt, denn der alttestamentliche Name Azaria heißt „Geschenk Gottes“. Die Freikirche stellte dazu ausdrücklich fest, dass die Siebenten-Tags-Adventisten die größte Ehrfurcht vor dem Leben hätten. Bei ihnen gebe es keine „rituellen Opfer“. „Das einzige Opfer, das sie akzeptieren, ist das welches Jesus am Kreuz für uns gebracht hat. Damit hat er uns ein für allemal gerettet.“

Lebenslange Haft

Am 29. Oktober 1982 befanden die Geschworenen Lindy und Michael Chamberlain für schuldig. Lindy wurde zu lebenslanger Haft verurteilt, ihr Mann bekam 18 Monate auf Bewährung, um die Kinder zu versorgen. Am 19. November 1982 wurde die Mutter auf freien Fuß gesetzt, während ihre Berufung vor dem Bundesgerichtshof lief. Im Krankenhaus in Darwin brachte sie ihre zweite Tochter Kahlia zur Welt.

Der australische Bundesgerichtshof wies die Berufung am 29. April 1983 ab, und Lindy Chamberlain kam wieder ins Gefängnis. Auch der Oberste Gerichtshof verwarf mit drei gegen zwei Stimmen am 22. Februar 1984 eine erneute Berufung. Bürgerinitiativen und Einzelpersonen begannen sich für eine erneute gerichtliche Untersuchung des Falles einzusetzen. Dingo-Experten und Gerichtsmediziner lieferten neues Beweismaterial. Unter anderem stellte sich heraus, dass es sich bei den angeblichen Blutspuren im Auto um einen Schalldämpfer-Spray handelte. Doch die Regierung des Nördlichen Territoriums lehnte am 12. November 1985 eine erneute Beweisaufnahme ab.

Entlassung und Freispruch

Eine Wende trat erst ein, als am 2. Februar 1986 ein Aborigine, ein australischer Ureinwohner, ein Babyjäckchen nahe des Uluru-Felsens, nicht weit von einem Dingo-Bau, entdeckte, das Azarja bei ihrem Verschwinden anhatte. Aufgrund der neuen Beweislage erfolgte am 7. Februar die Entlassung von Lindy Chamberlain aus dem Gefängnis in Darwin. Nach der Freilassung schlug die Stimmung in der australischen Bevölkerung um. Plötzlich schien jeder nur noch entsetzt über das australische Justizsystem zu sein.

Am 8. Mai 1986 wurde der Fall Chamberlain unter Richter Trevor Morling von der „Königlichen Kommission“ noch einmal aufgerollt. Die Untersuchung wurde am 19. März 1987 nach 102 Sitzungstagen, an denen 146 Zeugen gehört wurden, abgeschlossen. Nachdem die Regierung des Nördlichen Territoriums den Untersuchungsbericht erhielt, sprach Generalstaatsanwalt Menzies am 2. Juni 1987 die Begnadigung aus. Doch die Chamberlains wollten keine Begnadigung, sondern die Aufhebung der Schuldurteile.

Dazu musste erst am 21. Oktober 1987 das Parlament des Nördlichen Territoriums eine Gesetzesänderung beschließen, um die Möglichkeit zu einer Berufung gegen die bisherigen Urteile zu schaffen. Am 21. September 1988 hob Richter James Muirhead die Urteile gegen Lindy und Michael Chamberlain auf. Sie erhielten eine Entschädigung von umgerechnet einer Million Euro, die aber nicht ausreichte, um die Gutachter- und Anwaltskosten zu bestreiten.

Änderung der Sterbeurkunde

Nun ging es den Chamberlains auch darum, die Sterbeurkunde ihrer Tochter zu ändern, wo die Todesursache offengelassen worden war. 1995 scheiterte zunächst das Vorhaben. Bei der erneuten Untersuchung kam der leitende Gerichtsmediziner in seinem Gutachten zu keinem eindeutigen Ergebnis. Die Indizien sprächen weder zweifelsfrei für einen Mord noch für einen Dingo als Verursacher, sodass die Todesursache des Kindes nicht mehr mit Sicherheit festgestellt werden könne.

Im August 2010 schrieb Lindy Chamberlain-Creighton zum 30. Jahrestag des Verschwindens ihrer Tochter Azaria auf ihrer Homepage (www.lindychamberlain.com) einen offenen Brief an die „vorurteilsfreien Australier“. Sie prangerte darin die Sterbeurkunde an und bat um Unterstützung. Daraufhin war die Regierung des Nördlichen Territoriums bereit, sich mit dem Fall noch einmal zu befassen. Generalstaatsanwältin Delia Lawrie stellte eine diesbezügliche Anfrage an das Personenstandsregister, sodass es zur jetzigen Untersuchung in Darwin kam. Dabei legte Rechtsanwalt Tipple 239 dokumentierte Fälle von Dingoangriffen im australischen Bundesstaat Queensland in den Jahren 1990 bis 2011 vor. Der tragischste Fall war der Tod eines neunjährigen Jungen am 30. April 2001 auf der Fraser-Insel, als zwei Dingos ihn jagten, nachdem er sich von seinen Eltern entfernt hatte. Mit der geänderten Sterbeurkunde konnten jetzt die Chamberlains das Gerichtsgebäude in Darwin verlassen.

Das Drama verfilmt

Das Ehepaar hatte sich 1991 scheiden lassen. Beide sind wieder verheiratet. Michael Chamberlain verließ den Pastorendienst und arbeitete als Lehrer. 2002 promovierte er in Pädagogik an der australischen Universität von Newcastle. Heute lebt er im Ruhestand. Lindy Chamberlain-Creighton schreibt gegenwärtig ein Kinderbuch sowie ein weiteres Werk über Trauer und Vergebung. Sie hält auch Seminare über Stress- und Trauerbewältigung sowie den Umgang mit Medien. Das Drama um das Verschwinden des Babys Azaria wurde 1988 mit Meryl Streep verfilmt. Der Spielfilm „Ein Schrei in der Dunkelheit“ kam im Mai 1989 auch in die deutschen Kinos.

(8.385 Zeichen)

Mennonitisch-adventistischer Dialog von Herzlichkeit und Offenheit geprägt

Basel/Schweiz, 25.06.2012/APD Zum Thema „Christsein in der heutigen Welt“ trafen sich vom 28. bis 31. Mai Vertreter der Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten und der Mennonitischen Weltkonferenz zu einer zweiten Dialogrunde im Ausbildungszentrum Bienenberg bei Basel. Die Gespräche seien sehr offen und in einer herzlichen Atmosphäre geführt worden, heißt es in einer Medienmitteilung der Dialoggruppe.

Eine erste Gesprächsrunde zwischen beiden Konfessionen fand vom 28. Juni bis 1. Juli 2011 am Verwaltungssitz der Weltkirchenleitung der Adventisten in Silver Spring, Maryland/USA, statt.

In der zweiten Dialogrunde in der Schweiz hätten beide Seiten Positionspapiere zur Eschatologie (Lehre der letzten Dinge), Hermeneutik (Lehre der Bibelauslegung) und zur Nonkonformität, wie Gewaltlosigkeit und Erlassjahr, vorgestellt und diskutiert. Außerdem seien offene Fragen aus der ersten Dialogrunde vertieft besprochen worden. Die mennonitische Delegation habe Stellung zu Fragen des Pazifismus, der Erlösung und des Gehorsams, persönlichen Lebensstils sowie zu Kasualien, wie Taufe und Abendmahl genommen. Adventisten hätten auf Fragen der Mennoniten bezüglich Wehrdienst, Sabbat (Ruhetag), Kontextualisierung der biblischen Texte, Gerechtigkeit und Jüngerschaft, der Rolle der Frau, korrigierende Seelsorge und der Stellung von Ellen G. White in der adventistischen Kirche geantwortet.

Laut Bericht habe die Dialoggruppe an einem Nachmittag historische Orte mit Bedeutung für beide Konfessionen in der Region besucht. Auf dem Programm stand unter anderem Tramelan im Berner Jura, wo 1867 die erste adventistische Gemeinde in Europa entstand. Besichtigt wurde auch die Kapelle der Evangelischen Mennonitengemeinde Sonnenberg-Jeanguisboden, in deren Untergeschoss sich das Archiv der Konferenz der Mennoniten in der Schweiz befindet.

Zum Abschluss sei eine gemeinsame Erklärung erarbeitet worden, in der beide Seiten ihre Schlussfolgerungen aus dem Dialog dargelegt und Empfehlungen bezüglich der Verbreitung der für den Dialog erarbeiteten Materialien vorschlagen hätten. Jede Delegation werde diese Erklärung dem jeweiligen Kirchenleitungsgremium unterbreiten, das den zweijährigen Dialog genehmigt habe.

Seitens der Mennonitischen Weltkonferenz haben teilgenommen: Robert Suderman (Kanada), Valerie Rempel (USA), Stenvers Henk (Niederlande), Patricia Urueña (Kolumbien), Danisa Ndlovu (Simbabwe) und Tom Yoder Neufeld (Kanada). Teilnehmer der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten waren: William Johnsson (Australien), John Graz (Frankreich), Bert Beach (USA), Denis Fortin (Kanada), Peter Landless (Südafrika) und Teresa Reeve (Kanada).
(2.385 Zeichen)

Aserbaidshan: Razzia der Polizei in adventistischem Gottesdienst

Oslo/Norwegen, 25.06.2012/APD Mindestens 20 Polizisten, darunter auch der örtliche Polizeichef, haben am Samstag, 12. Mai, bei einer Razzia die Gottesdienstbesucher der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten im Stadtteil Kapaz von Gynaja (Gäncä), der zweitgrößten Stadt in Aserbaidshan, überprüft. Laut der norwegischen christlichen Menschenrechtsorganisation „Forum 18“ in Oslo beteiligte sich auch Firdovski Kerimov, örtlicher Leiter des staatlichen Komitees für religiöse Angelegenheiten, daran. Er habe seine Teilnahme an der Razzia gegenüber „Forum 18“ aber verneint.

Suche nach Ausländern

Die Polizei habe kurz nach Beginn des Gottesdienstes zunächst nach Ausländern gesucht und die Personalausweise aller Anwesenden kontrolliert, so „Forum 18“. Ausländer dürften zwar an religiösen Veranstaltungen teilnehmen, riskierten aber Bestrafung und Ausweisung ohne

Gerichtsprozess, wenn sie ohne staatliche Genehmigung religiöse Aktivitäten durchführten. Die Bestimmungen des Religionsgesetzes seien nämlich sehr vage und unspezifisch.

Überprüfung von 50 Kindern

Als die Polizei keine Ausländer gefunden habe, seien laut der Menschenrechtsorganisation alle rund 50 anwesenden Kinder überprüft worden, ob sie eine von beiden Elternteilen unterzeichnete Erlaubnis vorweisen könnten, an einer kirchlichen Versammlung teilnehmen zu dürfen. Wie „Forum 18“ meldete, sei dies laut dem Religionsgesetz aus dem Jahr 2009 allerdings keine Vorschrift mehr. Staatliche Beamte forderten diese Bescheinigung der Eltern aber oft von Kindern in Kirchen und Religionsgemeinschaften, die unter Beobachtung stünden.

Vierzehn Kinder und deren Eltern, die das erste Mal bei einem adventistischen Gottesdienst anwesend waren, hätten keine schriftliche Einwilligung gehabt. Nach einigen Stunden der Befragung sei den Kindern mitgeteilt worden, dass gegen die Eltern Anklage erhoben werde und wegen der fehlenden schriftlichen Einwilligungen mit Geldstrafen zu rechnen sei. Es habe schon Fälle gegeben, so protestantische Informanten gegenüber „Forum 18“, bei denen die Eltern ihre Unterschriften hätten notariell beglaubigen lassen müssen.

Empfindliche Geldstrafe

Mindestens ein adventistisches Kirchenmitglied sei Tage nach der Razzia vorgeladen und beschuldigt worden, gegen Artikel 299.0.3 des Kodex der Ordnungswidrigkeiten verstoßen zu haben. Dieser Artikel enthalte Strafen für „Geistliche und religiöse Gemeinschaften, die besondere religiöse Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche abhalten“. Der beschuldigte Adventist sei ohne Gerichtsprozess zu einer Geldstrafe von 1.700 Manat (1.700 Euro) verurteilt worden. Das jährliche durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen beträgt in Aserbaidschan umgerechnet 2.940 Euro.

Obwohl die Verfassung Aserbaidschans formell Religionsfreiheit zusichere, komme es laut der Menschenrechtsorganisation immer wieder zu Polizeimaßnahmen wegen „illegaler Gottesdienste“ auch in Privathäusern.

In Aserbaidschan leben rund 9,5 Millionen Einwohner, davon werden 93,4 Prozent zum Islam, mehrheitlich schiitischer Ausprägung, gezählt; 2,5 Prozent sind russisch-orthodox, 2,3 Prozent armenisch-orthodox und 1,8 Prozent Anhänger anderer Religionen oder Konfessionen. Es gibt im Land schätzungsweise 7.000 Protestanten und eine römisch-katholische Kirche mit 390 Mitgliedern. Die Zeugen Jehovas haben 924 Mitglieder in sieben Gemeinden.

In Aserbaidschan sind die Adventisten seit über einhundert Jahren vertreten. Gegenwärtig gibt es 729 erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten in fünf Gemeinden, die von drei Pastoren betreut werden. (3.161 Zeichen)

Religionsfreiheit in Aserbaidschan bürokratisch ausgehebelt

Frankfurt/Main, 25.06.2012/APD Das Gastland des Eurovision Song Contests 2012 garantiere in seiner Verfassung Religionsfreiheit. Nach Einschätzung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) werde diese Freiheit in der Praxis aber vielfach durch bürokratische Hürden und Willkür eingeschränkt und teilweise ausgehebelt. Ziel der Kontrolle durch die Behörden seien gleichermaßen muslimische und christliche Gemeinden. Besonders stark betroffen wären aber kleinere christliche Glaubensgemeinschaften wie Baptisten, Siebenten-Tags-Adventisten und Jehovas Zeugen, so die IGFM.

Nach staatlichen Angaben seien nominell rund 96 Prozent der Bevölkerung Muslime, davon etwa ein Drittel sunnitisch und zwei Drittel schiitisch. Die übrigen Einwohner wären vorwiegend russisch-orthodoxe und armenisch-apostolische Christen oder Atheisten. Nach der Unabhän-

gigkeit Aserbaidschans 1991 sei die freie Ausübung der Religion mehrfach durch Gesetze und Verordnungen reglementiert und eingeschränkt worden. Allein das Gesetz zur Religionsausübung habe seit der Verabschiedung im Jahr 1992 bisher 14 Mal Veränderungen erfahren.

Am gravierendsten sei der Zwang für Religionsgemeinschaften zur staatlichen „Registrierung“, so IGFM. Im Jahr 2010 hätten sich alle religiösen Gruppen in Aserbaidschan neu registrieren lassen müssen, unabhängig von ihrem früheren Status. Ohne diese Zulassung seien jegliche religiöse Aktivitäten verboten und würden mit hohen Geldstrafen geahndet.

Laut IGFM sei die Neuregistrierung für die großen Glaubensgemeinschaften relativ problemlos erfolgt, während gleichzeitig von rund 800 Anträgen kleinerer Glaubensgemeinschaften Hunderte nicht entschieden worden seien. Diese Religionsgruppen würden damit de facto in die Illegalität gedrängt. Beispielhaft wäre die baptistische Gemeinde in Neftchala, 100 Kilometer südlich der Hauptstadt Baku, die bereits seit 1952 existiere und vor 2010 als religiöse Gemeinschaft registriert gewesen sei. Sie habe beim Neuantrag bis zum Stichtag keine Rückmeldung erhalten und sei im Dezember 2011 zwangsweise geschlossen worden.

Seit 1992 seien die religiösen Gruppen in Aserbaidschan insgesamt fünfmal gezwungen worden, sich staatlich registrieren zu lassen, berichtete die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte. Zehn Gemeinden wäre die Registrierung bisher formell verweigert worden. Darunter befänden sich eine Moschee-Gemeinde, eine internationale christliche Gemeinde und Gemeinden der Baptisten, der Siebenten-Tags-Adventisten und der Zeugen Jehovas.

Auch registrierte Gemeinden könnten Opfer von Durchsuchungen und anderen behördlichen Schikanen werden, so IGFM. Am 12. Mai 2012 seien Polizisten in die adventistische Gemeinde in Gynaja (Gäncä) eingedrungen und hätten von den rund 50 anwesenden Minderjährigen schriftliche Genehmigungen der Eltern verlangt, dass ihre Kinder am Gottesdienst teilnehmen dürften. Kinder und Erwachsene wurden über Stunden festgehalten und befragt.

(2.638 Zeichen)

Aufhebung der „Anti-Bekehrungs-Gesetze“ in Indien gefordert

Genf, Zürich/Schweiz, 25.06.2012/APD Trotz Demokratie sei die Menschenrechtssituation in Indien teilweise ungenügend. Das betreffe im Besonderen die Religionsfreiheit, heißt es in einer Medienmitteilung der Schweizerischen Evangelischen Allianz (SEA). Auf die Gewalt gegen religiöse Minderheiten hätten speziell Deutschland, Italien und die Niederlande anlässlich der periodischen Länderüberprüfung am 24. Mai im UN-Menschenrechtsrat in Genf hingewiesen.

Zuvor hätten die Weltweite Evangelische Allianz (WEA) und die Indische Evangelische Allianz (EFI) in ihrem Bericht an den UN-Menschenrechtsrat daran erinnert, dass in sechs indischen Bundesstaaten noch Religionsgesetzgebungen, sogenannte „Anti-Bekehrungs-Gesetze“, in Kraft seien, welche die Religionsfreiheit nicht respektierten. In den vergangenen Jahren sei es dort immer wieder zu Diskriminierungen und Verfolgung von Christen gekommen. Gemäß den offiziellen Angaben der indischen Regierung für 2009 soll es dabei 125 Tote gegeben haben. Deutschland, Italien und die Niederlande hätten Indien zur Abschaffung dieser „Anti-Bekehrungs-Gesetze“ aufgefordert.

Die Religionsgesetze, welche den freien Religionswechsel einschränkten oder verböten, würden meist mit der Wahrung des religiösen Friedens begründet. Sie seien laut der SEA-Medienmitteilung jedoch vor allem die Folge jahrelanger Propaganda von nationalistischen Extremisten, die sich gegen die Präsenz von Christen und Muslimen in Indien richte. Das Klima der Intoleranz habe in den vergangenen Jahren zu einer Zunahme von Gewalt zwischen den Religionsgemeinschaften geführt.

(1.447 Zeichen)

Schweizer Delegation sprach im Vatikan über Minarett-Verbot

Wien/Vatikanstadt, 25.06.2012/APD Eine Delegation der römisch-katholischen Schweizer Bischofskonferenz habe im Vatikan Gespräche über das Minarett-Verbot sowie das Zusammenleben der Christen mit Muslimen in der Eidgenossenschaft geführt, wie Kathpress berichtete. Die Gruppe wurde von Bischof Pier Giacomo Grampa von Lugano geleitet, der auch der bischöflichen Kommission für den Dialog mit dem Islam vorsteht.

Am 29. November 2009 hatten fast 60 Prozent der Schweizer für ein Bauverbot von Minaretten in der Schweiz gestimmt. Die Kirchen hätten damals das Verbot kritisiert. „Diese Abstimmung sowie weitere politische Projekte haben bewiesen, dass es in der Schweiz beim Zusammenleben der Religionen doch Hürden gibt“, sagte Bischof Grampa gegenüber Radio Vatikan. „Das ist nicht nur für die Kirche eine Herausforderung.“

Sie müsse beachten, dass mittlerweile die Muslime die zweitgrößte Religionsgemeinschaft der Schweiz bildeten. Deshalb engagiere sich die Dialog-Kommission dafür, dass das gegenseitige Gespräch gefördert werde. „Wir wollten darüber die Meinung aus dem Vatikan hören und hatten nun Gelegenheit, Fragen, aber auch Ratschläge aus der Kurie zu hören“, teilte der Bischof laut Kathpress-Meldung mit.

Besonders im Päpstlichen Rat für den Interreligiösen Dialog habe es intensive Gespräche gegeben, so Grampa. Fazit des Austauschs sei, dass man auf beiden Seiten jene Menschen verstärkt unterstützen müsse, die sich für den Dialog einsetzten. Der interreligiöse Dialog müsse heute vor allem im Bildungsbereich stattfinden, sich also an Schüler und Studenten richten. Hinzu komme für die Christen aber auch der Verkündigungsauftrag Jesu. Dieser Bereich dürfe nicht außer Acht gelassen werden, erklärte der Bischof. (1.543 Zeichen)

Drei theologische Konferenzen für adventistische Pastoren in Europa

Bern/Schweiz, 25.06.2012/APD Zum Thema „Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Europa: Ihre Identität und ihr Auftrag“, finden laut Pastor Mario Brito, Abteilungsleiter für das Predigtamt der adventistischen Kirchenleitung für West- und Südeuropa mit Sitz in Bern im Juli, August und September drei sogenannte Bibelkonferenzen für Pastoren statt. Sie sollten durch die Veranstaltungen ermutigt werden, den „einzigartigen Herausforderungen, vor denen die europäischen Kirchen stehen, zu begegnen“, so Brito. Gleichzeitig lernten die Geistlichen aber auch, sich auf Chancen und Möglichkeiten einer säkularisierten Gesellschaft einzustellen.

Wie Brito mitteilte, sollten Profil, Bedeutung, Auftrag und Zukunft der Adventisten in Europa thematisiert werden. In einem zweiten Bereich gehe es um die Einheit, Heiligkeit, Apostolizität und Katholizität der Kirche. Außerdem würden Wesen und Rolle, sowie der prophetische Charakter und die ökumenischen Beziehungen der adventistischen Kirche angesprochen.

Die erste theologische Konferenz findet vom 1. bis 5. Juli in Prag mit 320 Pastorinnen und Pastoren aus Deutschland, Österreich, der deutschsprachigen Schweiz, der Slowakei und Tschechien statt.

Zu einer zweiten Konferenz vom 26. bis 29. August in Collonges sous Salève/Frankreich werden 160 Teilnehmer aus Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Portugal, Spanien sowie aus der französisch- und italienischsprechenden Schweiz erwartet.

Die dritte Bibelkonferenz wird vom 2. bis 5. September in Cernica, Rumänien, mit rund 470 Geistlichen aus Bulgarien und Rumänien durchgeführt. Veranstalter der drei theologischen Konferenzen sind die Biblischen Forschungsinstitute der europäischen Kirchenleitung in Bern/Schweiz und der adventistischen Weltkirchenleitung in Washington D.C./USA.

Als Referenten seien laut Brito adventistische Theologen und Kirchenhistoriker vorwiegend aus den USA und Europa vorgesehen. Darunter befänden sich Paolo Benini (Italien), Dr. Ganoune Diop (USA), Dr. Kwabena Donkor (USA), Dr. Kebler Gonçalves (Brasilien), Dr. Frank Hasel (Österreich), Dr. Daniel Heinz (Deutschland), Dr. Daniel Jennah (Frankreich), Janos Kovac-Biro (England), Dr. Richard Lehmann (Frankreich), Gabriel Monet (Frankreich), Dr. Ekkehardt Müller (USA), Matthias Müller (Deutschland), Dr. Gerhard Pfandl (USA), Dr. Angel Rodríguez (USA), Stephan Sigg (Schweiz), Laszlo Szabo (Deutschland) und Dr. Jenő Szigetti (Ungarn). (2.176 Zeichen)

Früherer Präsident der europäischen Adventisten gestorben

Lüneburg, 25.06.2012/APD Im 84. Lebensjahr starb Pastor i. R. Edwin Ludescher am 11. Juni in Fichtenwalde bei Berlin. Von 1975 bis zu seiner Pensionierung Ende 1994 war er Präsident der Freikirchenleitung der west- und südeuropäischen Siebenten-Tags-Adventisten mit Sitz in Bern, teilte der Onlinedienst der Zeitschrift „Adventisten heute“ mit.

Der gebürtige Vorarlberger wurde bei den Siebenten-Tags-Adventisten am 21. Dezember 1946 am Rudolfskai in Salzburg getauft. Während seines Dienstes als junger Pastor in Österreich lernte er seine Frau Gerda (geborene Stoeger) kennen, mit der er 60 Jahre lang bis zu ihrem Tod im Jahr 2010 verheiratet war. 1956 machten sie sich als Missionare auf den Weg nach Afrika. Dort wirkte Edwin Ludescher 15 Jahre lang, zehn davon in Kamerun als Präsident der Äquatorial-Afrikanischen Union der Siebenten-Tags-Adventisten.

Während der adventistischen Weltsynode 1975 in Wien wurde Ludescher zum Präsidenten der Freikirchenleitung in Bern für 16 Länder West- und Südeuropas gewählt, wobei damals zu der Kirchenleitung auch noch die Adventisten in der Türkei, im Iran sowie in Nordafrika, Angola und Mosambik gehörten. Nach seiner Pensionierung Ende 1994 lebte er in Bern und predigte noch als 80-Jähriger in adventistischen Gemeinden (Adventgemeinden). Ende 2011 wurde er von seinem Sohn Gerd und der Schwiegertochter nach Fichtenwalde bei Berlin geholt, wo er während seiner schweren Krankheit im Familienkreis gepflegt und begleitet wurde.

Der jetzige Präsident der Adventisten in West- und Südeuropa, Pastor Bruno Vertallier (Bern), werde den Verstorbenen als eine „prominente Persönlichkeit“ in Erinnerung behalten. Als Pastor, Missionar und Präsident habe er viele Menschen inspiriert. Eine Trauerfeier zu Ehren von Edwin Ludescher findet am 29. Juni in der Adventgemeinde Bern statt, wo er bis zuletzt als Gemeindemitglied geführt wurde. Die Urnenbeisetzung folgt Anfang Juli in Brugg an der Mur/Österreich. (1.721 Zeichen)

ADRA – Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe

1,5 Millionen Liter sauberes Wasser für Schulen im Tschad

Weiterstadt bei Darmstadt, 25.06.2012/APD Im April begann die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland mit einem Hilfsprojekt für 15.000 Menschen im zentralafrikanischen Land Tschad. Dabei gehe es in den nächsten sechs Monaten in den Regionen Ouaddai und Dar Sila vor allem um sauberes Trinkwasser, Sanitäreinrichtungen und Hygiene, teilte die Online-Redakteurin von ADRA Deutschland, Mirjam Greilich, mit. 75 Prozent der Nutznießer des ADRA-Projekts seien Binnenvertriebene, die anderen Notleidende aus der Region. Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland unterstütze das Projekt finanziell.

Zehn traditionelle, offene Dorfbrunnen würden umgebaut, mit Chlor desinfiziert und verschlossen, sodass von außen kein Schmutz mehr eindringen könne, informierte Greilich. Ein

Handpumpenaufsatz helfe den Menschen, das saubere Trinkwasser einfach und schnell aus dem Brunnen zu holen. Es werde dann auch an 50 Schulen verteilt, in denen vor allem Flüchtlingskinder unterrichtet würden. „Insgesamt 1,5 Millionen Liter Wasser werden so in den sechs Monaten des Projekts an die Schulen ausgegeben.“ Außerdem stelle ADRA zwei Toilettenanlagen mit je drei Toiletten für Jungen und Mädchen in jeder Schule auf und unterrichte die Kinder in Hygiene.

50 „Hygiene- und Sanitär-Clubs“, deren jeweils fünf Mitglieder entsprechend geschult würden, sollen helfen, ihr Wissen an die gesamte Dorfbevölkerung weiterzugeben. Damit die neu erworbenen Kenntnisse auch im Alltag umgesetzt werden könnten, verteile ADRA an die Binnenvertriebenen 2.500 Pakete, die jeweils zwölf Stück Seife, zwei Matten, zwei Moskitonetze, einen Plastikcontainer, zwei Kochtöpfe sowie je vier Teller und Tassen enthielten.

Nur 44 Prozent der ländlichen Bevölkerung im Tschad hätten bislang Zugang zu sauberem Trinkwasser, so Mirjam Greilich. In der Regel werde das Wasser aus traditionellen Brunnen ohne Abdeckung geholt, die somit nicht vor Verunreinigungen von außen geschützt seien. Die Folgen wären Durchfallerkrankungen und der Ausbruch von Cholera. (1.817 Zeichen)

Erwachsenenbildung fördert Schulbesuch der Kinder

Zugang zur Bildung in Somalia für Jung und Alt

Weiterstadt bei Darmstadt, 25.06.2012/APD In Somalia kämpfe die international anerkannte Übergangsregierung im Süden des Landes gegen radikal-islamische Gruppierungen und kontrolliere nur einen geringen Teil des Staatsgebiets, informierte Jahn Fischer, Regional Koordinator Afrika bei der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland. „Es gibt aber auch Regionen mit relativer Sicherheit.“ Im Nordteil des Landes strebe Somaliland seit 1991 nach Unabhängigkeit. Puntland und Galmudug beanspruchten die Autonomie ihrer Teilgebiete. Je nach Landesteil lebten die Somalier mit blutigen Bürgerkriegszuständen oder unter kaum bis hin zu stark ausgeprägten Regierungsstrukturen.

ADRA habe alle Landesteile in Somalia im Blick, denn je instabiler eine Region, umso notwendiger sei Bildung. Da das Hilfswerk aber auch Verantwortung für seine Mitarbeiter trage, müsse das Wirken der Sicherheitslage angepasst werden, betonte Fischer. Am Schulprogramm welches ADRA und Relief International in Somaliland, Puntland und Galmudug durchführten, seien 65.128 Menschen direkt beteiligt. Dazu gehörten Kinder, Jugendliche, die Lehrerschaft, Mitarbeiterstäbe der Bildungsministerien einzelner Regierungen, Frauengruppen und Schulfördervereine in den Dorfgemeinschaften. Die Kosten in Höhe von 3,4 Millionen Euro würden von der Europäischen Union finanziell bezuschusst.

„Je höher der Bildungsstand der Eltern, umso größer die Wahrscheinlichkeit, dass sie die eigenen Kinder einschließlich der Mädchen zur Schule schicken“, hob Jahn Fischer hervor. Der Grund, weshalb sich ADRA so stark für die Erwachsenenbildung in Somalia engagiere, liege nicht allein daran, dass sie die Lebensqualität der Erwachsenen stark verbessere und ihnen eine Zukunftsperspektive eröffne, sondern auch die Chancen der Kinder auf Schulbesuch wesentlich erhöhe.

ADRA berate nicht nur die Regierungen in Teilgebieten Somalias, sondern entwickle für die Regionen Lehrpläne, bilde Lehrkräfte in zeitgemäßen Unterrichtsmethoden aus und kümmere sich auch um die Fortbildung der Mitarbeiter in den Bildungsministerien. Die Grundschulen besuchten Kinder im Alter von sechs bis zwölf Jahren. Neben Lesen, Schreiben und Rechnen lernten sie eine Mischung aus Biologie, Physik, Geschichte und Religion sowie Sprachen, wie Somali, Englisch und Arabisch. In die Erwachsenenbildungszentren würden Jugendliche ab 14 Jahren aufgenommen. Das Alter der Schüler liege laut Fischer zumeist zwischen 25 und 40 Jahren. Etwa 80 Prozent von ihnen seien Frauen, die sich im Lesen, Schreiben und Rechnen

übten. In den Zentren stünden aber auch Gesundheit, Ernährung, Hygiene, Schutz vor Infektionen einschließlich HIV/AIDS, die Behandlung von Wunden oder Erkrankungen auf dem Lehrplan. Hinzu kämen Schulungen zur Stärkung des Einkommens, Fragen des Umweltschutzes sowie Aufklärung zur Friedensförderung. (2.568 Zeichen)

Rundfunk/Fernsehen

„Hope Channel“ TV-App jetzt auch für Android

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 25.06.2012/APD Jetzt sind die Fernsehprogramme der weltweiten „Hope Channel“-Sendefamilie auch als App auf Android-Geräten zu empfangen. Mit dieser App kann der Live-Stream von „Hope Channel Deutsch“ abgerufen werden. Zudem ist es damit möglich, Videos aus der Mediathek abzuspielen sowie internationale „Hope Channel“-Sendekanäle anzuschauen.

Die App steht im Android-Markt zum Preis von 0,79 Euro zur Verfügung: <https://play.google.com/store/apps/details?id=de.stimmederhoffnung.hopechannel>.

Als erster deutscher TV-Sender veröffentlichte das Medienzentrum „Stimme der Hoffnung“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt bereits vor mehr als einem Jahr die erste App für iPhone für seinen christlichen „Hope Channel“ TV-Sender. Mit der App für Android-Geräte erweitert das Medienzentrum jetzt sein Angebot für einen größeren Empfängerkreis. (842 Zeichen)

„Hope Channel Deutsch“ mit Holzwurm „Fribo“ beim Bodensee-Kirchentag

Überlingen, 25.06.2012/APD Beim 15. Internationalen Ökumenischen Bodensee-Kirchentag vom 15. bis 17. Juni in Überlingen war auf dem „Markt der Möglichkeiten“ auch das Medienzentrum „Stimme der Hoffnung“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt mit einem Informationsstand vertreten. Vorgestellt wurden „Hope Channel TV“ und „Hope Channel Radio“. Als einer der ersten christlichen Radioanbieter mit Programm in deutscher Sprache nahm die „Stimme der Hoffnung“ bereits im Jahr 1948 ihre Arbeit auf. Heute betreibt das Medienzentrum mit dem „Hope Channel“ einen deutschsprachigen 24-Stunden-Fernseh- und Radiosender.

Zusammen mit anderen christlichen Einrichtungen, Werken und Gruppen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz machte der „Hope Channel“ in Überlingen auf seine Arbeit aufmerksam. Das tägliche 24-Stunden-Programm von „Hope Channel TV“ besteht unter anderem aus Filmen, Naturvideos, Reportagen, Berichten von Veranstaltungen, Talkrunden, Sendungen zum Thema Gesundheit, Natur, Geschichte und Archäologie, Magazinsendungen, Konzerten, Fragen an die Bibel sowie Andachten und Gottesdiensten. Ausgewählte Programmbeiträge sind im Internet unter www.hope-channel.de/mediathek zu finden.

In Überlingen war auch der Kinder-TV-Star Fribonius Maximilian Balthasar von Einzahn, kurz „Fribo“ genannt. Der lebenslustige und neugierige Holzwurm hat immer eine Menge Fragen, die Julian auf Fribos Dachboden beantworten muss. Jeden Freitag um 18 Uhr gibt es eine Kindersendung mit Fribo. Laut Produzentin Naila Warning käme die Sendereihe nicht nur bei den jungen Zuschauern gut an. „Fribo hat bereits viele Herzen von Jung und Alt erfolgreich erobert.“

Zum rund um die Uhr-Programm von „Hope Channel Radio“ gehören stündliche Nachrichten, das Wort zum Tag, der Kommentar zum Zeitgeschehen, das Jugendmagazin „Go7“,

Talk-Radio live, Reportagen und die Musikwelt. Das laufende Radioprogramm kann auch über Telefon +49 (0) 6257 5065360 gehört werden. Die tägliche Andacht gibt es unter Telefon +49 (0) 931 663991973.

„Hope Channel TV“ und „Hope Channel Radio“ werden zudem über den Satelliten ASTRA digital ausgestrahlt. Das Fernseh- und Radioprogramm gibt es außerdem unter www.hope-channel.de als livestream und bestimmte Beiträge als Podcast. (2.640 Zeichen)

Medien

Adventistische Internetexperten trafen sich zum Forum in Hongkong

Hongkong/Volksrepublik China, 25.06.2012/APD 160 Internetexperten aus aller Welt kamen vom 23. bis 27. Mai zum 8. internationalen GAI-N-Internetforum der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten nach Hongkong. GAI-N (Global Adventist Internet Network) wurde 2003 als GIEN (Global Internet Evangelistic Network) unter Mitwirkung des deutschen Fördervereins staonline e.V. gegründet. Als weltweit adventistisches Internetnetzwerk fördert GAI-N den Erfahrungsaustausch evangelistischer Internetprojekte der Freikirche und diskutiert aktuelle Trends und Entwicklungen der Internettechnik.

Pastor Jairyong Lee (Goyyang-Stadt/Südkorea), Präsident der Adventisten der Nordasien-Pazifik Region, berichtete in seiner Präsentation zu Beginn der Konferenz von Abraham La Rue, einem 66-jährigen Schäfer und Holzfäller aus Kalifornien, der 1888 mit einem Schiff nach Hongkong reiste, um in China das Evangelium zu verkündigen. Er wirkte dort 14 Jahre lang als christlicher Buchverkäufer und erster adventistischer Missionar Asiens. Heute gebe es in China etwa 400.000 Adventisten in 4.500 Kirchengemeinden. Ein besonderer Höhepunkt für die Adventisten in China sei der Besuch von Pastor Ted Wilson (Silver Spring, Maryland/USA), dem Präsidenten der Weltkirchenleitung, im April 2012 gewesen. Wilson wurde offiziell von der chinesischen Regierung eingeladen und habe unter anderem einen Gottesdienst der mit 10.000 Mitgliedern größten adventistischen Kirchengemeinde der Welt in Shenyang besucht. Außerdem sei es zu einem Treffen mit Vertretern des Chinesischen Christenrates (CCC) gekommen, der Dachorganisation der Protestanten in China. Jairyong Lee sprach auch über Nordkorea, wo es zwar keine Gemeinden der Freikirche gebe, „aber viele Menschen den adventistischen Glauben teilten“.

Die weiteren Konferenztage hätten technisch anspruchsvolle Workshops über Internetprogrammierung oder den professionellen Einsatz von Fotografien für das Internet bis hin zur Nutzung der relativ jungen Internetplattform „Pinterest“ als Alternative zu den bekannten sozialen Netzwerken wie Facebook und Twitter geprägt, teilte Pastor Karl-Heinz Walter (Hannover), Abteilungsleiter für Kommunikation des Norddeutschen Verbandes der Siebenten-Tags-Adventisten, mit. Zwischen den Präsentationen und Workshops seien immer wieder Internetprojekte aus allen Regionen der weltweiten Freikirche vorgestellt worden.

Die Pastoren Klaus Popa und Matthias Müller vom adventistischen Medienzentrum „Stimme der Hoffnung“ in Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt präsentierten die evangelistische Veranstaltung „Glauben einfach“, die 2011 in Deutschland, Österreich und der Schweiz über einen Zeitraum von acht Wochen unter Einbeziehung des Internets stattfand. Vorgestellt wurde auch die DVD-Produktion „Nie mehr ohne Dich“ in Spielfilmlänge. Kurzclips des Films waren während der Veranstaltungsreihe von „Glauben einfach“ als Einstieg in die einzelnen Abendveranstaltungen zu sehen.

Zum Abschluss des Forums habe es eine teils kontroverse Diskussion über eine etwaige gemeinsame adventistische Internetplattform gegeben, informierte Karl-Heinz Walter. Die weltweite Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten sei zwar gut organisiert und habe in den 1990er Jahren ein klares Corporate Design erarbeitet und global umgesetzt. Dennoch werde manch offizielle Internetpräsenz von überregionalen und regionalen Freikirchenleitungen als sehr divergierend wahrgenommen. Ein zwölfköpfiger Arbeitskreis werde sich des Problems annehmen und bis zum nächsten GAIN-Forum im Mai 2013 in Athen Entscheidungshilfen erarbeiten. Als gelungenes Referenzprojekt sei laut Walter die Neugestaltung der Internetpräsenz der Freikirche in Deutschland im Jahr 2009 genannt worden. Damals hätten sich der Nord- und Süddeutsche Verband samt ihren regionalen Freikirchenleitungen („Vereinigungen“) für einen gemeinsamen Internetauftritt mit einheitlichem Design und gemeinsamen Inhalten unter Wahrung der lokalen Gegebenheiten entschieden. (3.519 Zeichen)

Bibel

Kaufleute, Beamte und Pfarrer gründeten 1812 eine Bibelgesellschaft

Bad Urach, 25.06.2012/APD Mit dem Festakt „200 Jahre Bibelkompetenz“ wurde am 4. Juni in Bad Urach die Vollversammlung der Deutschen Bibelgesellschaft (DBG) eröffnet. Professor Dr. Hermann Ehmer hielt den Festvortrag zu Geschichte und Impulsen der Privilegierten Württembergischen Bibelanstalt.

Ehmer, ehemaliger Kirchenarchivdirektor der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, ist Verfasser der Festschrift zum 200. Jubiläum der Württembergischen Bibelanstalt. Pfarrer, Kaufleute und hohe Beamte kamen 1812 in Stuttgart zusammen, um eine Bibelgesellschaft zu gründen. Die Initiative dazu ging wie bei fast allen Bibelgesellschaften des frühen 19. Jahrhunderts von der „Britischen und Ausländischen Bibelgesellschaft“ aus. Zweck der neuen Bibelanstalt war „die Verbreitung der Bibel unter den ärmeren Volksklassen im evangelischen Württemberg“. Da der württembergische König Friedrich der neuen Organisation Portofreiheit gewährte, führte sie lange den Namen „Privilegierte Württembergische Bibelanstalt“.

1981 trat die Deutsche Bibelgesellschaft an die Stelle der Bibelanstalt. Außerdem entstand die Württembergische Bibelgesellschaft für die bibelmissionarische Arbeit in der Region. Bereits zum verlegerischen Programm der Württembergischen Bibelanstalt gehörten die wissenschaftlichen Ausgaben des Alten und Neuen Testaments, deren weiterentwickelte Ausgaben noch heute weltweit die Grundlagen für die Bibelübersetzung sind. Die Herausgabe der Lutherbibel gehört ebenfalls zum verlegerischen Erbe. Darüber hinaus erschienen Neuübersetzungen wie die „Gute Nachricht Bibel“ und als jüngste Übersetzung bei der Deutschen Bibelgesellschaft die „BasisBibel“.

Zur Vollversammlung der Deutschen Bibelgesellschaft gehören 28 regionale Bibelgesellschaften, evangelische Kirchen und Freikirchen sowie christliche Werke. Die Deutsche Bibelgesellschaft wählte Bad Urach als Ort der Vollversammlung, da dort auf Anregung des Slowenen Primus Truber die erste Druckerei für Katechismen und Bibeln in slawischen Sprachen entstand. Sie arbeitete bis 1564. (1.855 Zeichen)

4000. Fan für die „BasisBibel“ auf Facebook

Stuttgart, 25.06.2012/APD Den 4000. Fan der „BasisBibel“-Seite auf Facebook begrüßte die Deutsche Bibelgesellschaft. Das Facebook-Angebot der neuen crossmedialen Bibelübersetzung wurde am 5. Oktober 2009 eingerichtet. Seitdem stieg die Zahl der Fans stetig. Die Nutzerinnen und Nutzer tauschen sich unter anderem über den Fortgang und die Qualität der

Bibelübersetzung, einzelne Bibelverse und die „BasisBibel“-Ausgaben in den verschiedenen Medien aus.

„Wir sehen uns durch das Interesse bei Facebook erneut bestätigt in unserem Engagement für die BasisBibel“, sagte Pfarrer Klaus Sturm, Generalsekretär der Deutschen Bibelgesellschaft. Besonders junge Menschen würden sich begeistert von der Übersetzung mit großer Nähe zum Urtext und in einfacher Sprache zeigen. „Die Bibelgesellschaft dankt aber auch den Fans für die vielen wertvollen Hinweise zur Übersetzung und der Umsetzung in den verschiedenen Medien“, so Sturm. „Sie helfen uns, die BasisBibel weiterzuentwickeln.“

Die „BasisBibel“ wende sich an eine neue Generation von Leserinnen und Lesern, denen die klassische Kirchen- und Bibelsprache nicht vertraut sei. „Sie ist die erste crossmediale Bibelübersetzung, die das durch Computer und Internet veränderte Medienverhalten berücksichtigt.“

Das Neue Testament der „BasisBibel“ ist seit Mitte November 2010 im Handel. Es sei nah am griechischen Urtext übersetzt, und die Sätze in der „BasisBibel“ überschritten in der Regel 16 Wörter nicht. Zur Frankfurter Buchmesse im Oktober werde die Ausgabe mit den Psalmen erscheinen. Die „BasisBibel“ gibt es bisher als gedrucktes Buch, im Internet und als App für iPhone und iPad. Weitere Informationen unter facebook.com/basisbibel.de und www.basisbibel.de. (1.513 Zeichen)

Stichwort

Die adventistische Reformationsbewegung

Als zu Beginn des Ersten Weltkrieges viele Wehrpflichtige einberufen wurden, kam es unter den deutschen Adventisten zu einer unterschiedlichen Beurteilung, wie man sich in dieser Krisensituation zu verhalten habe. Während die Mehrheit dem Aufruf ihrer Kirchenleitung folgte und der Einberufung zum Militär nachkam, äußerten Kritiker dieser Entscheidung deutlich ihr Missfallen. Sie waren der Meinung, dass angesichts der von ihnen im Zusammenhang mit dem Kriegsausbruch nahe erwarteten Wiederkunft Jesu keine Beteiligung in der Armee mehr angeraten sei.

Schon vor Kriegsausbruch wurde der Militärdienst zum Spannungsfeld der adventistischen Kirchengemeinden, Adventgemeinden genannt, gegenüber dem Staat. Adventisten feiern den in der Bibel genannten Sabbat (Samstag) als Ruhetag, an dem sie alle Arbeiten zu vermeiden versuchen. Deswegen bemühten sie sich auch beim Militär, an diesem Tag dienstfrei zu erhalten. In einigen Fällen ermöglichten die Vorgesetzten den Rekruten die Sabbatfeier. Wo der Bitte um Dienstbefreiung am Samstag nicht entsprochen wurde, werteten die Militärbehörden die adventistische Sabbatruhe als Dienstverweigerung und bestrafte die jungen Rekruten entsprechend.

Die erste adventistische Gemeinde in Deutschland wurde schon 1875 gegründet, doch erst gut zehn Jahre später begann ein systematischer Gemeindeaufbau. Deshalb betraf die Militärfrage in der Zeit bis zur Jahrhundertwende nur wenige Adventisten. Das schnelle Wachstum der Adventgemeinden in Mitteleuropa führte allerdings zu einer veränderten Situation. Bei Kriegsausbruch gab es in Deutschland etwa 15.000 erwachsen getaufte Adventisten. Von der allgemeinen Mobilmachung Anfang August 1914 waren rund 3.000 von ihnen direkt betroffen. Jetzt ging es nicht mehr um Einzelne, sondern um eine beachtliche Gruppe.

Deshalb entstand in den Reihen der Adventgemeinden bei Kriegsausbruch eine krisenhafte Situation. Sie wurde noch dadurch verstärkt, weil viele Adventisten davon ausgingen, dass das

Ende der Welt und damit die Wiederkunft Jesu in einem direkten Zusammenhang mit einem Krieg stehen würde, in dem das Osmanische Reich eine entscheidende Rolle spielen sollte. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges auf dem Balkan schien für viele genau in die gedachte Richtung zu deuten. In der angespannten Situation trug ein Schreiben der adventistischen Kirchenleitung aus Hamburg zur Polarisierung der Fronten bei. Durch die Abwesenheit seines Vorstehers übernahm dessen Sekretär, Guy Dail, die Initiative. In einem Rundschreiben an alle deutschen Adventgemeinden forderte er auf, dass Adventisten als gute Staatsbürger dem Militärdienst willig Folge leisten und dabei auch am Samstag mit der Waffe in der Hand zur Verteidigung des Vaterlandes bereit sein sollten.

Dieses Schreiben bewirkte keine Befriedung der Situation, sondern führte in einem längeren Prozess zur Spaltung der Adventisten. Die Mehrheit akzeptierte die Forderungen des Staates und der Kirchenleitung, eine kleinere Gruppe opponierte. Aus diesen Kritikern, die ihre Opposition teilweise damit begründeten, dass sie für den Frühsommer 1915 die Wiederkunft Jesu erwarteten, bildete sich im Laufe des Jahres eine feste Gruppe. Während einige Kritiker später wieder ihren Platz in den Adventgemeinden fanden, sammelte sich die Mehrheit der Widerständler in einer Gruppe, die sich selbst „Reformationsbewegung der Siebenten-Tags-Adventisten“ nannte und den Militärdienst grundsätzlich ablehnte.

Das Rundschreiben von Guy Dail wurde von der adventistischen Weltkirchenleitung in den USA kritisiert und mit ähnlichen Verlautbarungen von der deutschen Freikirchenleitung bereits 1920 mit „Bedauern“ zurückgezogen. Doch das schlug genauso fehl wie Versöhnungsversuche von beiden Seiten nach dem Ersten Weltkrieg. Schließlich standen sich während der Weimarer Republik zwei adventistische Lager gegenüber. Die traditionelle Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten und die Reformationsbewegung, die allerdings durch interne Auseinandersetzungen in verschiedene Gruppen zerfiel. Die meisten lösten sich noch vor Beginn der NS-Herrschaft auf. Die verbliebenen kamen schon bald in das Visier der neuen Machthaber, da sie auch die Beteiligung an Wahlen ablehnten. Im Sommer 1936 löste die Gestapo die Reformationsbewegung auf, für kleinere Gruppen kam das Verbot noch im gleichen Jahr, beziehungsweise 1937 und 1942. Nicht wenige Mitglieder der Reformationsbewegung suchten in dieser Zeit wieder Anschluss an die Adventgemeinden in ihrer Nähe, da auf lokaler Basis in den meisten Orten die Kontakte zwischen beiden Glaubensgemeinschaften erhalten geblieben waren.

Nach dem Verbot setzte eine Reihe von Prozessen ein, bei denen ehemalige Mitglieder und Verantwortungsträger wegen der illegalen Weiterführung einer verbotenen Organisation bestraft wurden. Die erhaltenen Gerichtsprotokolle und -urteile bestätigen, dass die Grenze zwischen der Reformationsbewegung und der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten nicht immer klar gezogen war. Seit Kriegsbeginn 1939 kam es auch zu Prozessen wegen Wehrdienstverweigerung. Obwohl bis heute genauere Forschungen fehlen, kann davon ausgegangen werden, dass nach den Zeugen Jehovas und römisch-katholischen Priestern die Angehörigen der Reformationsbewegung die drittgrößte Märtyrergruppe im religiös motivierten Widerstand gegen das NS-Regime darstellen.

Heute gehören zur Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten weltweit über 17 Millionen erwachsen getaufte Mitglieder; in Deutschland sind es rund 35.000. Die Reformationsbewegung erlebte 1951 eine Spaltung, sodass es seitdem weltweit zwei Gruppen mit aktuell jeweils etwa 35.000 Mitgliedern gibt. In Deutschland zählt die „Internationale Missionsgesellschaft der Siebenten-Tags-Adventisten Reformationsbewegung“ (IMG) circa 350 Mitglieder. Die „Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten Reformationsbewegung“ (STAR) ist mit etwa 200 Mitgliedern in der Bundesrepublik etwas kleiner. Weitere Informationen im Internet zur Freikirche unter www.adventisten.de, zur IMG unter www.reform-adventisten.net und zur STAR unter www.sta-ref.de.

Dr. Johannes Hartlapp

Johann Hanselmann

geboren am 1. Mai 1892 in Frankenberg bei Backnang,
ermordet am 13. Mai 1942 in Sachsenhausen.

Johann Hanselmann war Pastor und Vorsteher der Ostdeutschen Vereinigung der Reformationsbewegung der Siebenten-Tags-Adventisten. Am 29. April 1936 verbot die Gestapo die Glaubensgemeinschaft mit der Begründung: „Die Siebenten-Tags-Adventisten (Reformbewegung) verfolgt unter dem Deckmantel der religiösen Betätigung Ziele, die der Weltanschauung des Nationalsozialismus zuwiderlaufen. Die Anhänger dieser Sekte verweigern den Wehrdienst und lehnen es ab, den Deutschen Gruß anzuwenden. Sie erklären offen, dass sie kein Vaterland kennen, sondern international eingestellt seien und alle Menschen als Brüder betrachten. Da das Verhalten dieser Sekte geeignet ist, Verwirrung unter der Bevölkerung zu erregen, war ihre Auflösung zum Schutz von Volk und Staat erforderlich.“

Bereits wenige Monate später erfolgte im September 1936 die Verhaftung von Hanselmann. Obwohl der zuständige Oberstaatsanwalt am 29. September 1936 die Einstellung des angestregten Verfahrens verfügte, wurde der Beschuldigte im Dresdner Polizeigefängnis weiter in Schutzhaft gehalten. Die Gestapo begründete dies mit einer „erforderlichen massiven Aktion gegen die Leiter der verbotenen Gruppe“. Am 2. Oktober 1937 wurde Hanselmann aus der Haft entlassen.

Hanselmann hatte eine Anstellung als Handelsvertreter gefunden und konnte damit deutschlandweit reisen. Dabei besuchte er weiterhin seine Glaubensangehörigen an verschiedenen Orten. Im Frühjahr 1940 verhaftete ihn die Gestapo in Halle/Saale wegen der Abhaltung von Familiengottesdiensten. Mit ihm kamen 20 weitere Reform-Adventisten in Untersuchungshaft. Es wurde angeordnet, dass Hanselmann in Einzelhaft und „unter allen Umständen von den Mitangeklagten getrennt zu halten“ sei. Bei den Verhören der inhaftierten Reform-Adventisten versuchte die Gestapo, Informationen und Geständnisse über die Weiterführung der „verbotenen Organisation“ zu erpressen.

Hanselmann wurde zu einer Strafe von einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. In der Begründung vermerkte das Gericht: „Die von Hanselmann ausgehende Gefahr ist besonders beachtlich in Zeiten wie den jetzigen, wo das deutsche Volk in hartem Abwehrkampf gegen äußere Feinde steht und wo deshalb Wehrdienstverweigerungen, wenn sie in größerem Maße vorkämen, besonders verhängnisvolle Folgen haben könnten. Das gleiche gilt auch für die Arbeitsverweigerung an Sonnabenden, da es jetzt im Kriege auf die volle Einsetzung jeder Arbeitskraft ankommt.“

Im September 1941 stellte Hanselmann ein Gnadengesuch, da seine Haftzeit ohnehin zum 24. Dezember 1941 enden sollte. Der Leiter der Haftanstalt Naumburg lehnte das Gesuch ab. Er war der Meinung, der Haftzweck sei noch nicht erreicht, da Hanselmann zweimal wegen Arbeitsverweigerungen an Samstagen mit Arrest bestraft werden musste. Hanselmans Frau erhielt im Dezember 1941 einen Brief von ihrem Mann mit der Nachricht: „Nun kommt auch noch das Ärgste. Ich werde in das Konzentrationslager Sachsenhausen überführt.“

Als Hanselmann trotz Entlassungstermin nicht zu Hause erschien, baten seine Ehefrau und der zuständige Ortsbürgermeister die Justiz um Aufklärung. Der dienstliche Bescheid auf die Anfrage gab nur Auskunft, dass weiter Schutzhaft angeordnet sei. Einige Monate später erhielt Karoline Hanselmann den Totenschein ihres Mannes – er sei „an Ruhr“ in Sachsenhausen verstorben. Ein Mithäftling berichtete später, dass wegen Arbeitsverweigerung am Samstag Johann Hanselmann an dem von ihm gefeierten biblischen Ruhetag (Sabbat) mit auf den Rücken gebundenen Händen hochgezogen worden und dabei erstickt sei.

Dr. Johannes Hartlapp

(Hinweis der Redaktion: Der Kirchenhistoriker Dr. Johannes Hartlapp ist Dekan des Fachbereichs Theologie an der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg.)